

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

1842.



Enthält

die Verordnungen vom 3. Januar bis zum 23. November 1842., nebst
einigen Verordnungen aus dem Jahre 1841.

(Von Nr. 2227. bis Nr. 2313.)

Nr. 1. bis incl. 26.

Z 1941. 744

Berlin,

zu haben im vereinigten Gesetz-Sammlungs-Debits- und Zeitungs-Remtoir.

Chronologische Übersicht

VI

der in der Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten
vom Jahre 1842.
enthaltenen Verordnungen.

Datum des Gesetzes.	Ausgegeben zu Berlin.	Inhalt.	Nr. des Stücks.	Nr. des Ge- setzes.	Seite.
1841. 10. April.	1842. 18. Febr.	Staatsvertrag zwischen Preußen, Hannover und Braunschweig, über die Ausführung einer Eisenbahn von Magdeburg über Oschersleben nach Braunschweig, Hannover und Minden.	5.	2242.	46-51.
10. —	18. —	Staatsvertrag zwischen Preußen und Braunschweig, über die von letzterm innerhalb des Preussischen Gebiets auszuführende Eisenbahn von Oschersleben bis Wolfenbüttel, zum Anschlusse an die von dort nach Braunschweig gehende Bahn.	5.	2243.	51-57.
13. Septbr.	18. —	Statut der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft.	5.	2244. (Anl.)	59-74.
8. Oktbr.	4. Febr.	Genehmigungs-Urkunde der Zusatz-Artikel XIV. und XV. zur Rheinschiffahrts-Akte vom 31. März 1831., die jährlichen Zusammenkünfte der zur Central-Kommission in Mainz abgeordneten Bevollmächtigten und die Ausnahme von dem Oberlast-Verbote betreffend, 1. Protokolls der Central-Rheinschiffahrts-Kommission vom 21. September 1840.	3.	2234.	29.
$\frac{4}{9}$. Dezbr.	15. Jan.	Ministerial-Erklärung (und Bekanntmachung vom 23. Dezbr. 1841.) über die zwischen der Königlich Preussischen und Herzoglich Braunschweigischen Regierung getroffene Übereinkunft zur Beförderung der Rechtspflege.	1.	2227.	1-14.
11. —	15. —	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend den Zahlungstermin der Kaufgelder im Subhastations-Verfahren in der Rheinprovinz.	1.	2228.	15.
11. —	13. März.	Deklaration, betreffend die erfolgte Aufhebung der Bestimmungen im Thl. II. Buch 4. Lit. 5. Art. 9. §§. 4. u. 5. des Preussischen Landrechts von 1721. über das Verhältniß des neuen Erwerbers eines mit Hypotheken belasteten Grundstücks zu den Realberechtigten.	8.	2250.	85.
13. —	15. Jan.	Verordnung, wegen näherer Bestimmung der im §. 5. der Kreis-Ordnung für das Herzogthum Pommern und Fürstenthum Rügen vom 17. August 1825. enthaltenen Vorschriften über die Vertretungen im Stande der Ritterschaft.	1.	2229.	15.
18. —	18. —	Allerhöchste Kabinettsorder, die Gültigkeit und exekutorische Kraft der von den General-Kommissionen und den übrigen im Ressort der	2.	2231.	17.

Datum des Gesetzes.	Ausgegeben zu Berlin.	I n h a l t.	Nr. des Stücks.	Nr. des Ge- setzes.	Seite.
1841.	1842.	selben beschäftigten Auseinandersetzungs-Behörden bestätigten Rezepte.			
18. Dezbr.	4. Febr.	Verordnung in Betreff der bürgerlichen Rechte bescholtener Personen in den mit der Städteordnung vom 19. November 1808. beliebenen Städten der Provinz Preußen.	3.	2235.	30.
22. —	15. Jan.	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Auslegung der Deklaration vom 6. April 1839. in Ansehung des Rechtsmittels der Nichtigkeitsbeschwerde gegen Erkenntnisse über Bagatell-Objekte.	1.	2230.	16.
31. —	18. —	Allerhöchste Kabinettsorder, mit dem Tarif der am Rhein und an der Mosel zu erhebenden Schiff-fahrts-Abgaben.	2.	2232.	18-26. (mit Anl.)
3. Jan.	7. März.	Allerhöchste Kabinettsorder, die Aufhebung des unbedingten Verbots des Besuchs der Universitäten Zürich und Bern betreffend.	6.	2246.	77.
4. —	4. Febr.	Allerhöchste Kabinettsorder, die Erhöhung der Salzpreise in den Kreisen Schleusingen und Ziegenrück betreffend.	3.	2236.	31.
5. —	4. —	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Ausbringung eines Präklusiv-Termins zur Einlösung der älteren Kur- und Neumärktischen Zins-Koupons und Zinscheine aus der Zeit vor dem 1. Januar 1822.	3.	2237.	32.
7. —	11. —	Verordnung über die Befugnisse der Kreisstände im Herzogthum Schlesien, der Grafschaft Glatz und dem Preussischen Markgrafthum Ober-Lausitz, Ausgaben zu beschließen und die Kreiseingefessenen dadurch zu verpflichten.	4.	2238.	33-35.
10. —	11. —	Ministerial-Erklärung (und Bekanntmachung vom 27. Januar 1842.), wegen Erneuerung der mit der Herzoglich Sachsen-Koburg- und Gotha'schen Regierung unterm 22. Oktober 1829. abgeschlossenen Durchmarsch- und Etappen-Konvention.	4.	2239.	35-43.
11. —	18. Jan.	Allerhöchste Kabinettsorder, wegen Abänderung der in dem Zolltarif vom 24. Oktober 1839., zweiter Abtheilung, Artikel 25. pos. X. vorgeschriebenen Zollsätze vom eingehenden Zucker.	2.	2233.	27.
14. —	18. Febr.	Allerhöchste Kabinettsorder, die Anlage einer Eisenbahn von Magdeburg über Groß Oschersleben nach Halberstadt und nach Braunschweig betreffend.	5.	2241.	45.
14. —	18. —	Allerhöchste Bestätigungs-Urkunde für die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft, sowie des Statuts der letztern, vom 13. September 1841.	5.	2244. (mit Anl.)	58-74.

Datum des Gesetzes.	Ausgegeben zu Berlin.	Z n h a l t.	Nr. des Stücks.	Nr. des Ge- setzes.	Seite.
1842.	1842				
15. Jan.	11. Febr.	Verordnung, wegen Aufnahme des Ortes Neustadt, im Kreise Summersbach, in den Stand der Städte.	4.	2240.	44.
16. —	18. —	Verordnung, betreffend die im Herzogthum Berg vor dem Jahre 1810. entstandenen Pfandschaften.	5.	2245.	75.
16. —	29. März.	Allerhöchste Kabinettsorder in Betreff der Stiftung einer Auszeichnung für pflichttreue Dienste in der Landwehr.	9.	2252.	89 - 91. (mit Anl.)
8. Febr.	29. —	Vertrag zwischen den Zollvereinten Staaten einerseits, und dem Großherzogthum Luxemburg andererseits, wegen des Anschlusses des letztern an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins.	9.	2253.	92 - 101.
18. —	7. —	Allerhöchste Bestätigungs-Urkunde des beigelegten zweiten Nachtrags zu dem Statute der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft, in Betreff der Verausgabung von 500,000 Rthlr. Prioritäts-Aktien.	6.	2247.	77 - 80.
18. —	13. —	Verordnung, wegen Abänderung der Vorschriften der Kabinettsorders vom 6. März 1821 und vom 2. August 1834 über die Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und der Beamten im Bezirke des Appellationshofes zu Köln.	8.	2251.	86 - 88.
19. —	4. Mai.	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Ausdehnung der Befugnis zum Waffengebrauch und der Glaubwürdigkeit vor Gericht auf die von Königlichen Forstbeamten zu ihrer Unterstützung und zur Verstärkung des Forst- und Jagdschutzes angenommenen Korpsjäger.	12.	2257.	111.
26. —	9. März.	Nachtrag zu dem Statute der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft, betreffend die §§. 28. und 48. wegen Stimmgebung der Aktienhairs und Legitimation des Direktoriums gegen dritte Personen und Behörden, nebst Genehmigung-Urkunde.	7.	2248.	81. (mit Anl.)
28. —	9. —	Allerhöchste Kabinettsorder, wegen Ernennung des Geheimen Ober-Revisionsraths Dr. von Savigny zum Staats- und Justizminister.	7.	2249.	83.
3. März.	29. —	Ministerial-Erklärung (und Bekanntmachung vom 19. März 1842.), über die mit dem Senate der freien Hansestadt Lübeck getroffene Übereinkunft wegen Ausdehnung der Freizügigkeit auf die nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Preussischen Provinzen.	9.	2254.	102-104.
8. —	4. Mai.	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Verbindlichkeit der Apotheker, denen eine erledigte	12.	2258.	111.

Datum des Gesetzes.	Ausgegeben zu Berlin.	Inhalt.	Nr. des Stücks.	Nr. des Ge- setzes.	Seite.
1842.	1842.				
21. März.	4. April.	persönliche Konzeption wieder verliehen wird, zur Übernahme der Offizin-Einrichtung ihres Vorgängers. Allerhöchste Kabinettsorder, wegen Entbindung des Staats- und Kabinettsministers Grafen von Maltzan von der Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zc., und Ernennung des Wirklichen Geheimen Rathes und Gesandten Freiherrn von Bülow zum Staats- und Kabinettsminister.	11.	2256.	109.
21. —	4. Mai.	Ministerial-Erklärung (und Bekanntmachung vom 19. April 1842.) über die zwischen der diesseitigen und der Kaiserlich-Königlich Oesterreichischen Regierung abgeschlossene Uebereinkunft zur Verbütung von Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfreveln an den gegenseitigen Landesgrenzen.	12.	2259.	112.
24. —	4. —	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Entbindung des Staatsministers Grafen von Alvensleben von der Leitung des Finanz-Ministeriums und die Ernennung des Oberpräsidenten, Wirklichen Geheimen Rathes von Bodelschwingh zum Staats- und Finanz-Minister.	12.	2260.	113.
27. —	1. April.	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Umwandlung der Staatsschuldscheine und die Herabsetzung der Zinsen derselben von 4 auf 3 Prozent.	10.	2255.	105-107.
31. —	28. Mai.	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Anwendung und Wirkung der bei Beamtenverbrechen im Allgemeinen Landrechte vorgeschriebenen Strafe der Degradation.	14.	2269.	179.
15. April.	4. —	Verordnung über die Aufhebung der dem Gesetze vom 31. März 1838., wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen, sowie den §§. 54. und 55. Tit. 6. Thl. I. Allg. Landrechts und der Deklaration vom 31. März 1838. entgegenstehenden provinziellen und statutarischen Bestimmungen.	12.	2261.	114.
15. —	28. —	Verordnung über die Erweiterung des nach der landschaftlichen Kreditordnung für das Großherzogthum Posen vom 15. Dezember 1821. bestehenden Posenschen landschaftlichen Kreditvereins, durch den noch gestatteten Beitritt der zeitlich demselben nicht beigetretenen oder aus demselben wieder ausgeschiedenen Besitzer adeliger Güter, innerhalb fünf Jahren, mit 3½ prozentigen Pfandbriefen.	14.	2270.	180-190.

Datum des Gesetzes.	Ausgegeben zu Berlin.	Inhalt.	Nr. des Stücks.	Nr. des Ges. etzes.	Seite.
1842. 23. April.	1842. 28. Mai.	Allerhöchste Kabinetsorder, durch welche des Königs Majestät die für die Provinz Preußen erlassene Verordnung vom 18. Dezember 1841. in Betreff der bürgerlichen Rechte bescholtener Personen in den mit der Städteordnung vom 19. November 1808. beliehenen Städten, auch für die Stadt Breslau für gültig zu erklären geruht haben.	13.	2262.	115.
23. —	11. Juni.	Allerhöchste Kabinetsorder, betreffend die Anwendung der Allerhöchsten Order vom 21. November 1829. auf die aus dem militairischen Dienstverhältniß gänzlich ausgeschiedenen Militärpersonen der Unteroffizier-Klasse, in Beziehung auf den Verlust der Unteroffizier-Charge und aller damit verbundenen Auszeichnungen und Vorrechte, in Folge des Verlustes der National-Kofarde oder der Verurtheilung zu einer Zuchthausstrafe.	15.	2271.	191.
29. —	28. Mai.	Allerhöchste Kabinetsorder, betreffend die Erweiterung der Kompetenz der Untergerichte in Untersuchungen wegen Defraudation landes- und grundherrlicher Nutzungen, so wie überhaupt wegen Vergehen gegen Finanzgesetze.	13.	2263.	116.
29. —	11. Juni.	Allerhöchste Kabinetsorder, die Verteilung der revidirten Städteordnung vom 17. März 1831. an die Stadt Erin, im Großherzogthume Posen, betr.	15.	2272.	192.
29. —	19. Juli.	Polizei-Ordnung für die Häfen zu Colbergmünde, Stolpmünde und Rügenwaldermünde.	18.	2280.	203-207.
30. —	24. Juni.	Privilegium wegen anderweiter Ausfertigung auf den Inhaber lautender Stadt-Obligationen Seitens der Stadt Breslau, zum Betrage von 558,800 Rthlr.	17.	2276.	199.
6. Mai.	28. Mai.	Reglement für die Feuer-Sozietät des gesammten platten Landes der Provinz Schlesien, mit Einschluß der im Sorauer Kreise belegenen Dörfer Haasel und Zilmsdorf.	13.	2264.	117-144.
6. —	28. —	Reglement für die Provinzial-Städte-Feuer-Sozietät der Provinz Schlesien, mit Ausschluß der Stadt Breslau.	13.	2265.	144-169.
6. —	28. —	Verordnung, wegen Auflösung der für das platte Land der Provinz Schlesien bestehenden Feuer-Sozietäten und wegen Ausföhrung des Feuer-Sozietäts-Reglements für das gesammte platte Land der Provinz Schlesien, mit Einschluß der im Sorauer Kreise belegenen Dörfer Haasel und Zilmsdorf.	13.	2266.	170-174.

Datum des Gesetzes.	Ausgegeben zu Berlin.	Inhalt.	Nr. des Stücks.	Nr. des Ge- setzes.	Seite.
1842. 6. Mai.	1842. 28. Mai.	Berordnung, wegen Auflösung der für die Städte in dem Herzogthum Schlesien, der Grafschaft Siles und dem Markgrathum Ober-Lausitz bestehenden Feuer-Sozietäten, und wegen Ausführung des Feuer-Sozietäts-Reglements für sämtliche Städte der Provinz Schlesien, mit Ausschluß der Stadt Breslau.	13.	2267.	175-178.
11. —	28. —	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend den Erlaß der herkömmlichen Prinzessinsteuer bei der bevorstehenden Vermählung der Prinzessin Marie, Königlichen Hoheit.	13.	2268.	178.
11. —	11. Juni.	Gesetz über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen.	15.	2273.	192-194.
22. —	24. —	Allerhöchste Kabinettsorder über den Verkauf der Früchte auf dem Halme und den Verkauf des künftigen Zuwachses, in der Provinz Westphalen.	17.	2277.	200.
22. —	24. —	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Ergänzung der Vorschriften in den §§. 218. 219. ff. Tit. 12. Th. I. des Allg. Landrechts, wegen kosten- und stempelfreier Publikation und Mittheilung der seit länger als sechs und fünfzig Jahren deponirten Testamente, in Beziehung auf Vermächtnisse für milde Stiftungen.	17.	2278.	201.
31. —	16. —	Urkunde über die Stiftung einer besonderen Klasse des Ordens pour le mérite, für Wissenschaften und Künste.	16.	2275.	195-197.
3. Juni.	19. Juli.	Berordnung, betreffend die Auseinandersetzung zwischen den abgehenden katholischen Pfarrern oder den Erben verstorbener katholischer Pfarrer und deren Amts-Nachfolgern in der bischöflichen Diözese von Culm.	18.	2281.	208.
7. —	11. Juni.	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Ernennung des Wirklichen Geheimen Raths Grafen zu Stolberg-Wernigerode zum Staatsminister.	15.	2274.	194.
13. —	24. —	Allerhöchste Kabinettsorder, wegen Entbindung des Staatsministers von Kochow von der Verwaltung des Ministeriums des Innern und Ernennung des Oberpräsidenten Grafen von Arnim zum Staatsminister und Minister des Innern.	17.	2279.	202.
13. —	19. Juli.	Allerhöchste Kabinettsorder über den Zeitpunkt der Anwendung der neuen Landgemeinde-Ordnung für Westphalen, in den einzelnen Orten der Provinz, und die Fortdauer der bisherigen Kommunal-Verfassung bis zur Einführung der neuen Kommunal-Behörden.	18.	2282.	209.

Datum des Gesetzes:	Ausgegeben zu Berlin:	Inhalt	Nr. des Stücks.	Nr. des Be- setzes.	Seite.
1842.	1842.				
15. Juni.	17. Septbr.	Reglement über die Errichtung und Verwaltung von Wasser-Heilanstalten.	21.	2295. (Anl.)	243.
21. —	30. August.	Berordnung über die Bildung eines Ausschusses der Stände des Königreichs Preußen.	20.	2286.	215-217.
21. —	30. —	Desgl. der Stände der Kur- und Neumark Brandenburg und des Markgrafthums Niederlausitz.	20.	2287.	218-220.
21. —	30. —	Desgl. der Provinz Pommern.	20.	2288.	221-223.
21. —	30. —	Desgl. des Herzogthums Schlesien, der Grafschaft Glatz, und des Preussischen Markgrafthums Ober-Lausitz.	20.	2289.	224-226.
21. —	30. —	Desgl. der Provinz Posen.	20.	2290.	227-229.
21. —	30. —	Desgl. der Provinz Sachsen.	20.	2291.	230-232.
21. —	30. —	Desgl. der Provinz Westphalen.	20.	2292.	233-237.
21. —	30. —	Desgl. der Rheinprovinz.	20.	2293.	238-241.
22. —	19. Juli.	Allerhöchste Kabinetsorder, betreffend die Ermäßigung der von geflößtem Holze nach dem Tarif vom 16. Januar 1841 für das Befahren des Bromberger Kanals zu erlegenden Abgabe.	18.	2283.	210.
22. —	25. —	Berordnung über die Befugnisse der Kreisstände im Königreich Preußen, Ausgaben zu beschließen und die Kreis-Eingefessenen dadurch zu verpflichten.	19.	2284.	211.
22. —	25. —	Reglement über das Verfahren bei den ständischen Wahlen.	19.	2285.	213.
21. Juli.	17. Septbr.	Allerhöchste Kabinetsorder mit dem Reglement vom 15. Juni 1842 über die Errichtung und Verwaltung von Wasser-Heilanstalten.	21.	2295. (mit Anl.)	243.
28. —	30. August.	Allerhöchste Kabinetsorder, betreffend die Suspension der Bestimmungen des §. 5. des Edikts vom 9. October 1807, soweit durch dieselben den Lehns- oder Fideikommißbesitzern die Vererb- pachtung des Vorwerkstandes oder einzelner Pertinenzien von Lehn- oder Fideikommißgütern ohne die Zustimmung des Lehn-Ober- Eigenthümers, der Lehn- oder Fideikommißfolger gestattet ist.	20.	2294.	242.
28. —	26. Oktbr.	Allerhöchste Kabinetsorder, den Umzugstermin des Landgesindes in den zum ständischen Ver- bande der Marken Brandenburg und Nieder- Lausitz gehörenden Landestheilen betreffend.	22.	2298.	247.

Datum des Gesetzes.	Ausgegeben zu Berlin.	Inhalt.	Nr. des Stücks.	Nr. des Ge- setzes.	Seite.
1842.	1842.				
28. Juli.	9. Novbr.	Bundestags-Beschluß, den Schutz für J. G. von Herders Werke gegen den Nachdruck betreffend.	24.	2306.	299.
30. —	17. Septbr.	Allerhöchste Kabinettsorder zur Abänderung der Strafbestimmungen bei Übertretungen gegen die Steuer vom inländischen Tabacksbau.	21.	2296.	245.
30. —	17. —	Allerhöchste Deklaration über die Auslegung der §§. 10. und 62. der Verordnung vom 30. Juni 1834 wegen des Geschäftsbetriebes in Auseinandersetzungs-Angelegenheiten, die Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörden hinsichtlich der Verwendung von Abfindungs-Kapitalien betreffend.	21.	2297.	245.
30. —	26. Oktbr.	Allerhöchste Kabinettsorder, wegen Vergütung der Reisekosten für kommissarische Geschäfte in Königlichen Dienstsangelegenheiten an Beamte, welche nicht zum Reisen mit Extrapost berechtigt sind.	22.	2299.	247.
19. August.	26. —	Tarif, nach welchem das Bollwerksgeld zu Tar- men von jetzt an zu erheben ist.	22.	2300.	248.
26. —	9. Novbr.	Nachtrag zu dem Statute der Berlin-Frank- furter Eisenbahn-Gesellschaft in Betreff der Vorausgabung von 600,000 Rthlr. Priori- täts-Aktien, nebst Tilgungsplan.	24.	2307. (Anl.)	301-306.
16. Septbr.	26. Oktbr.	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Erleichte- rungen der Patrimonialgerichtsherrn in Beziehung auf die Einrichtung der Deposital- gelasse und Gefängnisse.	22.	2301.	249.
16. —	26. —	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Annahme von Obligationen über vom Staate übernom- mene provinzielle Staatsschulden als de- positalmäßige Sicherheit.	22.	2302.	249.
20. —	9. Novbr.	Allerhöchst vollzogenes Publikations-Patent, in Be- treff des von der Deutschen Bundesversammlung unter dem 28. Juli 1842. gefaßten Beschlusses zum Schutze der Werke J. G. von Herders gegen Nachdruck.	24.	2306.	299.
4. Oktbr.	26. Oktbr.	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Bestim- mung: daß die in den Preussischen Staaten er- scheinenden Bücher, deren Text, mit Ausschluß der Beilagen, zwanzig Druckbogen über- steigt, wenn sowohl der Verfasser als der Ver- leger auf dem Titel genannt ist, der Censur ferner nicht mehr unterworfen sein sollen.	22.	2303.	250.

Datum des Gesetzes.	Ausgegeben zu Berlin.	Inhalt.	Nr. des Stücks.	Nr. des Ge- setzes.	Seite.
1842. 5. Oktbr.	1842. 9. Dezbr.	Ministerial-Erklärung (und Bekanntmachung v. S. Novbr. 1842) über die zwischen der diesseitigen und der Fürstlich Reuß-Plauischen gemeinschaftlichen Landes-Regierung zu Gera abgeschlossene Übereinkunft, um hinsichtlich des Schutzes der gewerblichen Waarenbezeichnungen in den königlichen Staaten auf der einen Seite, und in den gesammten Landen der Fürstlich Reuß-Plauischen jüngeren Linie auf der andern Seite, die gegenseitige Gleichstellung der beiderseitigen Untertanen herbeizuführen.	26.	2311.	311.
17. —	9. Novbr.	Allerhöchste Befestigungs-Urkunde des beigefügten Nachtrags zu dem Statute der Berlin-Frankfurter Eisenbahn-Gesellschaft, in Betreff der Herausgabe von 600,000 Rthlr. Prioritäts-Aktien, nebst Tilgungsplan.	24.	2307. (mit Anl.)	300-306.
18. —	5. —	Allerhöchste Kabinettsorder, mit dem Zolltarif für die Jahre 1843, 1844, und 1845.	23.	2304. (mit Anl.)	251-298.
18. —	5. —	Allerhöchste Kabinettsorder, die für einige Waaren-Artikel eintretende Erhöhung der Eingangszollsätze betreffend.	23.	2305.	298.
14. Novbr.	9. Dezbr.	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Übertragung der Leitung der Verwaltung der Domänen u. Forsten an den Staatsminister Grafen zu Stolberg-Wernigerode, nachdem der Staatsminister von Ladenberg auf wiederholtes Ansuchen in den Ruhestand versetzt worden.	26.	2312.	313.
22. —	1. —	Allerhöchste Kabinettsorder, wegen des verheißenen Steuer-Erlasses und wegen Beförderung einer umfassenden Eisenbahn-Verbindung zwischen den verschiedenen Provinzen der Monarchie.	25.	2308.	307-309.
22. —	1. —	Verordnung, wegen Aufhebung der Ausfertigungs- und Verhandlungs-Sporteln der Provinzial-Verwaltungsbehörden.	25.	2309.	309.
22. —	1. —	Verordnung, wegen Herabsetzung des Salzverkaufspreises auf den Salzniederlagen der Monarchie.	25.	2310.	310.
23. —	9. —	Allerhöchste Kabinettsorder, die Ernennung des Ober-Regierungsraths Köhler und des Stadthaltesten Knoblauch zu Mitgliedern der Hauptverwaltung der Staatsschulden betreffend.	26.	2313.	314.

Nr. des Ges.	Nr. des Ges. (Seite)	Nr. des Ges. (Seite)	Z u s a m m e n f a s s u n g	Ausgegeben in	Datum des Ges. (Seite)
311	2811	28	Ministerial-Erlaßung (mit Bekanntmachung v. S. 28) vom 18. März 1842 über die Ausübung der Eisenbahn- und der Postverwaltung in Preußen. Die Eisenbahn- und Postverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Eisenbahnverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Postverwaltung wird dem Staat überlassen.	1842	1842
300-306	2807	21	Ministerial-Erlaßung (mit Bekanntmachung v. S. 21) vom 18. März 1842 über die Ausübung der Eisenbahn- und der Postverwaltung in Preußen. Die Eisenbahn- und Postverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Eisenbahnverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Postverwaltung wird dem Staat überlassen.	1842	1842
291-292	2804	23	Ministerial-Erlaßung (mit Bekanntmachung v. S. 23) vom 18. März 1842 über die Ausübung der Eisenbahn- und der Postverwaltung in Preußen. Die Eisenbahn- und Postverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Eisenbahnverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Postverwaltung wird dem Staat überlassen.	1842	1842
308	2805	23	Ministerial-Erlaßung (mit Bekanntmachung v. S. 23) vom 18. März 1842 über die Ausübung der Eisenbahn- und der Postverwaltung in Preußen. Die Eisenbahn- und Postverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Eisenbahnverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Postverwaltung wird dem Staat überlassen.	1842	1842
313	2812	28	Ministerial-Erlaßung (mit Bekanntmachung v. S. 28) vom 18. März 1842 über die Ausübung der Eisenbahn- und der Postverwaltung in Preußen. Die Eisenbahn- und Postverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Eisenbahnverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Postverwaltung wird dem Staat überlassen.	1842	1842
307-309	2808	27	Ministerial-Erlaßung (mit Bekanntmachung v. S. 27) vom 18. März 1842 über die Ausübung der Eisenbahn- und der Postverwaltung in Preußen. Die Eisenbahn- und Postverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Eisenbahnverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Postverwaltung wird dem Staat überlassen.	1842	1842
300	2809	27	Ministerial-Erlaßung (mit Bekanntmachung v. S. 27) vom 18. März 1842 über die Ausübung der Eisenbahn- und der Postverwaltung in Preußen. Die Eisenbahn- und Postverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Eisenbahnverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Postverwaltung wird dem Staat überlassen.	1842	1842
310	2810	27	Ministerial-Erlaßung (mit Bekanntmachung v. S. 27) vom 18. März 1842 über die Ausübung der Eisenbahn- und der Postverwaltung in Preußen. Die Eisenbahn- und Postverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Eisenbahnverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Postverwaltung wird dem Staat überlassen.	1842	1842
314	2813	28	Ministerial-Erlaßung (mit Bekanntmachung v. S. 28) vom 18. März 1842 über die Ausübung der Eisenbahn- und der Postverwaltung in Preußen. Die Eisenbahn- und Postverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Eisenbahnverwaltung wird dem Staat überlassen. Die Postverwaltung wird dem Staat überlassen.	1842	1842

Druckfehler = Berichtigung.

Im Jahrg. 1841. S. 130., 7te Zeile von unten, ist, statt „von ihm“, zu lesen: vor ihm (dem Notar).